

AUSWIRKUNGEN AUF SCHLESWIG-HOLSTEIN

CETA, TTIP und TISA werden in Brüssel ausgehandelt und auch Berlin möchte bisher zustimmen. Die Auswirkungen werden wir aber direkt in Schleswig-Holstein zu spüren bekommen, zum Beispiel:

- ▲ Genmais auf den Feldern in Dithmarschen: Aus für die ökologische Landwirtschaft
- ▲ Kühe gefüttert mit Gensoja in den Ställen Nordfrieslands landen auf Tellern in Lübeck
- ▲ Fracking nach Erdgas und Erdöl bei Plön führt zu Grundwasserseuchung
- ▲ Abgeschaltete Atomkraftwerke wie Krümmel könnten wieder angeschaltet werden
- ▲ Gemeinden werden wegen Umweltschutzregeln verklagt: Aktuelle Millionenforderung an Rendsburg
- ▲ Die Landesregierung in Kiel traut sich wegen Investorschutzregeln keine Gesetze zu Arbeitsschutz o.ä. zu erlassen.

Die Zeit drängt, um die „Freihandelsabkommen“ CETA, TTIP und TISA aufzuhalten. In Europa und auch in Nordamerika gibt es bereits Widerstand. Gemeinsam treten Umweltorganisationen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen aber auch Kommunalpolitiker, Bauern und kleine Unternehmen für eine solidarische, demokratische Welt ein, die nicht an Wirtschaftsinteressen ausgerichtet ist.

Was kann ich tun?

- ☞ Beteiligen Sie sich an der Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und unterschreiben Sie deren Unterschriftenliste
- ☞ Unterstützen Sie die Online-Kampagnen gegen TTIP, CETA und TISA, etwa bei Campact
- ☞ Informieren Sie sich im Internet über die Abkommen und Aktionen dagegen
- ☞ Nehmen Sie Einfluss auf Ihre Abgeordneten und andere Entscheidungsträger*innen an
- ☞ Engagieren Sie sich in Gruppen und im Aktionsbündnis

MEHR INFOS ⓘ

www.ttip-unfairhandelbar.de
www.stop-ttip-ceta-tisa.eu
www.stop-ttip-kiel.de

Gemeinsam mit dem Bündnis TTIPunfairHandelbar und der Europäischen Bürgerinitiative STOP TTIP wollen wir:

- ☞ CETA, TTIP und TISA-Verhandlungen sofort beenden, alle Dokumente veröffentlichen
- ☞ Zukünftige Abkommen dürfen nur noch öffentlich verhandelt werden
- ☞ Keine Sonderklagerechte für Konzerne, bestehende Regelungen müssen aufgehoben werden
- ☞ Investitions- und Handelspolitik am Interesse von Bürger*innen und Umwelt ausrichten
- ☞ Demokratie und Bürgerbeteiligung müssen aufgebaut werden statt sie auszuhebeln

WWW.STOP-TTIP-KIEL.DE

Folgen Sie uns auf Facebook: www.facebook.com/stopttipkiel

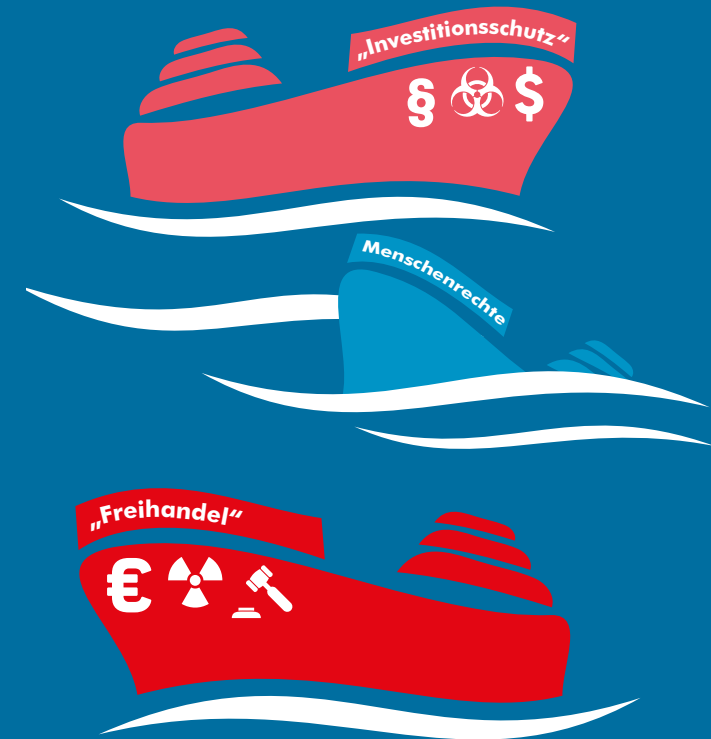


Herausgeber: Aktionsbündnis STOP TTIP/Kiel, c/o BUND-Landesverband Schleswig-Holstein e. V., Lorentzendam 16, 24103 Kiel, info@stop-ttip-kiel.de, 0431/66 060 - 60



MEHR DEMOKRATIE !

Ohne Logo: Aktionsbündnis STOPP-Fracking Kiel, Arbeiterfotografie, Bündnis 90/Die Grünen KV Kiel, Bürgerinitiative Kiel gegen Atomanlagen, Frackingsfreier Kreis Plön, Friedenswerkstatt Kiel e. V., marxistische linke e. V.



KONZERNE PROFITIEREN

MENSCH UND

UMWELT VERLIEREN

CETA, TTIP & TISA

CETA, TTIP & TISA: Mit diesem Paket an transatlantischen Handels- und Deregulierungsabkommen wollen die EU, die USA und weitere Staaten eine riesige transatlantische Freihandelszone ohne „Handelshemmnisse“ und ohne demokratische Kontrolle schaffen – angeblich ein gigantisches Wachstumsprogramm für die Länder auf beiden Seiten des Atlantiks.

CETA  *Comprehensive Economic and Trade Agreement, wurde bereits zwischen der EU und Kanada verhandelt und steht kurz vor der Ratifizierung.*

TTIP  *Transatlantic Trade and Investment Partnership, wird seit Juli 2013 zwischen den USA und der EU verhandelt.*

TISA  *Trade in Services Agreement, wird zurzeit zwischen 50 verschiedenen Ländern, darunter der EU verhandelt.*

Freihandel klingt nach Freiheit – im Zentrum steht aber nicht die Freiheit der Verbraucher*innen, sondern die Freiheit multinationaler Konzerne, skrupellos maximale Gewinne zu erwirtschaften: Ohne Rücksicht auf Verluste bei Mensch und Umwelt.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandeln die EU, Kanada und die USA über den Abbau von „Handelshemmnissen“: Mit der Angleichung und wechselseitigen Anerkennung von umwelt-, sozial- und gesundheitsrelevanten Standards ist vor allem eine Angleichung auf niedrigstem Niveau zu befürchten.

Die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen der letzten Jahre sind aber nicht Ergebnis von zu viel Finanzmarktkontrolle, sozialer Gerechtigkeit, Demokratie sowie Umwelt- und Naturschutz, sondern von zu wenig und immer weniger.

Verhandlungen im Dunkeln

Eine alte Regel lautet, dass Gesetze immer diejenigen benachteiligen, die bei ihrer Verfassung nicht dabei waren. Wurden Sie eingeladen? Die Verhandlungen zu TTIP & Co. finden ohne öffentliche Diskussion hinter verschlossenen Türen statt. Das Verhandlungsmandat ist rein an wirtschaftlichen Interessen ausgerichtet und nicht am Wohl der Bürger*innen. Für Wirtschafts-Lobbyisten hat die EU-Kommission aber immer ein offenes Ohr: Bereits vor Beginn der Verhandlungen führte sie 119 Gespräche mit Industrieverbänden, mit Verbraucherguppen aber nur elf. Bürger*innen werden ausgesperrt und erhalten

keine Informationen, auch Mitglieder des EU-Parlaments oder von Nichtregierungsorganisationen müssen draußen bleiben.

Gewinne um jeden Preis

Ein wichtiges Argument für die „Freihandelsabkommen“ ist die angebliche Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen und die Steigerung des Wirtschaftswachstums. Erfahrungen mit anderen „Freihandelsabkommen“ zeigen aber, dass diese in Wahrheit Arbeitsplätze vernichten und die Löhne senken – nur die Gewinne für die beteiligten Konzerne steigen. Arbeitsstandards werden auf niedrigstem Niveau angeglichen – so haben die USA nur zwei der acht Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zum Schutz von Arbeitnehmerrechten unterzeichnet. Mit TTIP & Co. könnte dies zu einer Abwärtsspirale bei Arbeits- und Sozialstandards führen, gefördert durch den verschärften Standortwettbewerb zwischen den Ländern. Auch der Mindestlohn ist dann wieder in Gefahr.

Natur und Umwelt als "Handelshemmnisse"

Die in Europa gültigen Vorsorge- und Verursacherprinzipien im Natur- und Umweltschutz sind Wirtschaftsvertretern auf beiden Seiten des Atlantiks ein Dorn im Auge. Mit den Freihandelsabkommen hoffen sie, auch in Europa durchzusetzen, dass die Behörden beweisen müssen, dass Chemikalien o.ä. schädlich sind (Beweislastumkehr). Bisher liegt die Beweislast für die Unschädlichkeit in der EU bei den Herstellern. So sind in der EU 1.300 Chemikalien in Kosmetika verboten, in den USA jedoch nur 11 Stoffe. Die europäische Umweltgesetzgebung wird insgesamt als „Handelshemmnis“ gesehen – und diese soll durch TTIP & Co. beseitigt werden.

Massentierhaltung statt Bauernhöfe

In den USA sind riesige industrielle Agrarbetriebe schon die Regel. Gesundheitliche Bedenken und Tierschutz spielen keine Rolle. Der grenzenlose Einsatz von Wachstumshormonen, Antibiotika und Futtermittelzusätzen kommt mit TTIP & Co. auch zu uns nach Europa. Subventionen für die kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft wären eine „unfaire“ Bevorteilung europäischer Bauern und müssten gestrichen werden.

Geheime Verfahren hinter verschlossenen Türen

Sogenannte Investor-Staat-Schiedsverfahren erlauben es internationalen Firmen, dass sie gegen jegliche Gesetze und demokratische Kontrollen klagen können, wenn sie durch diese ihre Gewinne bedroht sehen. Besonders dreist: Diese Klagen würden von privaten Anwälten in geheimen Schiedstribunalen entschied-

den, vorbei am normalen Rechtssystem ohne Möglichkeit auf Revision. Schon jetzt gibt es immer mehr Verfahren: 2012 waren es 514 laufende. Unter anderem wird Deutschland wegen des Atomausstiegs zurzeit von Vattenfall verklagt – auf 4,7 Milliarden Euro. Die kanadische Provinz Quebec wird wegen eines Fracking-Moratoriums auf 250 Millionen Dollar verklagt – das könnte mit TTIP & Co. auch Schleswig-Holstein drohen, wenn hier endlich ein Fracking-Verbot durchgesetzt wird.

Des Weiteren ist ein „Rat für regulatorische Kooperation“ geplant, der Gesetzesvorhaben als eine Art Frühwarnsystem prüft und kassiert, wenn diese den Interessen europäischer oder US-amerikanischer Konzerne entgegen laufen. So könnten unliebsame Umwelt- und Sozialgesetze gestoppt werden, bevor sie je die öffentliche Diskussion und Parlamente erreichen.

Schluss mit regionaler Förderung

Bisher fördern Kommunen und die Länder die regionale Wirtschaft unter anderem über das Beschaffungswesen. Steht eine Anschaffung an, so soll sie möglichst durch Firmen vor Ort erfüllt werden, damit Steuergelder in die Region zurückfließen. Mit dieser Praxis soll nach den Willen von TTIP & Co. aber Schluss sein. Eine kleine Gemeinde dürfte ihre Straßenschilder dann nicht mehr bei der örtlichen Metallverarbeitung bestellen, sondern müsste nach einer transatlantischen Ausschreibung das Billigmodell aus den USA importieren.

Öffentliche Gemeingüter in privater Hand

CETA, TTIP und TISA öffnen auch Tor und Tür zu einer neuen Privatisierungswelle: Wasser- und Energieversorgung, Bildung, Gesundheit, Pflege oder Infrastruktur müssten privatwirtschaftlichen Interessen ausgeliefert werden. Dabei haben die Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt, dass Privatisierungen öffentlicher Gemeingüter für die Verbraucher*innen vor allem eins bedeutet: Steigende Preise und sinkende Qualität, besonders für Finanzschwache bis zur Existenzbedrohung.

Zügellose Finanzwirtschaft

Noch immer leidet die Welt unter den Nachwirkungen der großen Finanzkrise von 2008. Von Verantwortlichen und Ursachen wird abgelenkt, die Schulden werden vergesellschaftet, während die Gewinne weiter privatisiert werden. Mit TTIP & Co. sollen Finanzdienstleistungen noch unkontrollierbarer werden. Die politische Macht der Finanzindustrie würde gestärkt, Lohn- und Steuerdumping und damit sinkende Einnahmen der öffentlichen Haushalte wären die Folge.